



## global news 3535 09-11-16: **Der Protest übernimmt - Vom Brexit zu Trump**

### 1. Brexit

Großbritannien ist das Land mit der ältesten und bisher bestfunktionierenden Demokratie. Allerdings nur bisher. Denn mit dem Brexit-Referendum hat Cameron einer in großen Teilen geifernden und haßerfüllten Presse ermöglicht, die Gefühle hochzupeitschen, und gleichzeitig den Organisatoren des Brexit, tief in die Kiste größter Lügen zu greifen. Im Ergebnis wurden vor allem Wähler mobilisiert, die von der EU wenig verstanden haben und außerdem nun ihre einmalige Chance sahen, am Parlament vorbei "denen da oben eins in die Fresse zu geben". Dabei kam auch das schlechte britische Bildungssystem ins Spiel, mit dem hier, wie auch in vielen anderen Ländern (auch in Deutschland) eine große Unterklasse lebt.

Das Ergebnis war eine Ausbreitung von Formen von Rassismus bis zu Gewalttaten gegen Ausländer, die man gerade in Großbritannien nicht erwartet hätte. Sogar auffällig viele britische Juden aus vor dem Nationalsozialismus einst emigrierten Familien beantragen jetzt einen deutschen Paß.

Die Propagandawelle wurde nach dem Referendum in gleicher übler Weise fortgesetzt, weil die Brexitkräfte ihrem Sieg noch immer nicht trauen. Wie weit der Riß durch die britische Bevölkerung geht, zeigt jetzt die feindliche Reaktion auf eine Entscheidung des High-Courts, wonach die Regierung das Parlament in die Auslösung des Austritts aus der EU einschalten muß. So bezeichnete die Boulevardzeitung "Daily Mail" die zuständigen Richter als "Volksfeinde" (siehe Abbildung), der "Daily Telegraph" schrieb: "Die Richter gegen das Volk." Dabei wurden die Richter mit Photos bekannt gemacht und

so für persönliche Pöbeleien freigegeben. Der führende Kopf der Brexit-Befürworter, Nigel Farage von der europafeindlichen Partei Ukip, drohte, die Bevölkerung werde mit "Wut" reagieren, falls das Parlament die Entscheidung des Volkes auszuhöhlen versuche. Es werde dann "politische Wut" aufkommen, wie sie "niemand zuvor zu unseren Lebzeiten in diesem Land gesehen hat".



Die "Daily Mail" droht bereits mit einer Massendemonstration von 100.000 Menschen vor der Supreme Court, wenn es im Dezember zur Revisionsverhandlung kommt. Die Klägerin Gina Miller, die das Gerichtsverfahren ausgelöst hat, sagte dem Rundfunksender BBC Ende vergangener Woche, sie habe Vergewaltigungs- und Enthauptungsdrohungen erhalten. Zudem seien Forderungen laut geworden, sie solle nach Guyana abgeschoben werden, wo sie geboren wurde.

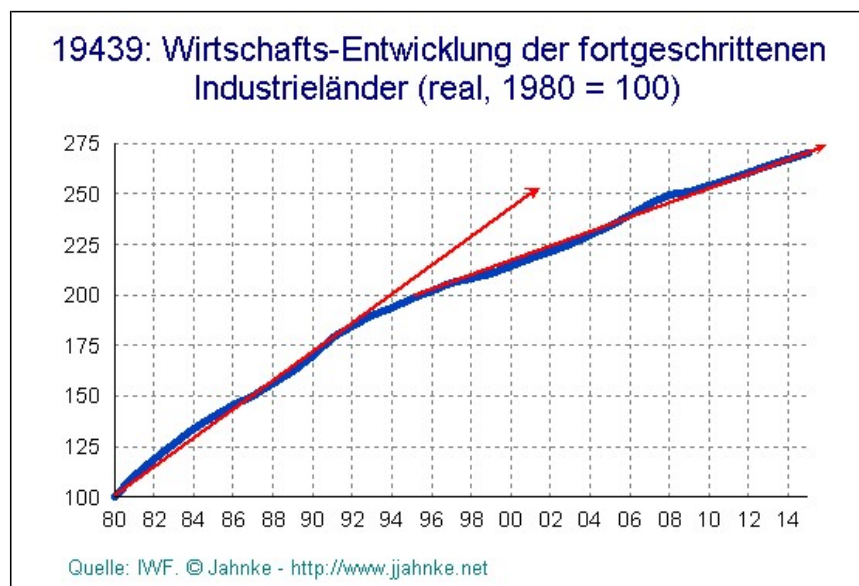
Wenn so etwas im Mutterland der parlamentarischen Demokratie möglich ist, muß man sich fragen, wie hoch die Dämme eigentlich in anderen Ländern, auch in Deutschland sind, um ähnliche Entwicklungen zu vermeiden. Diese Frage ist umso mehr berechtigt, als fast überall die Bildungssysteme schwächeln und unterfinanziert sind, Chancengleichheit nur noch auf dem

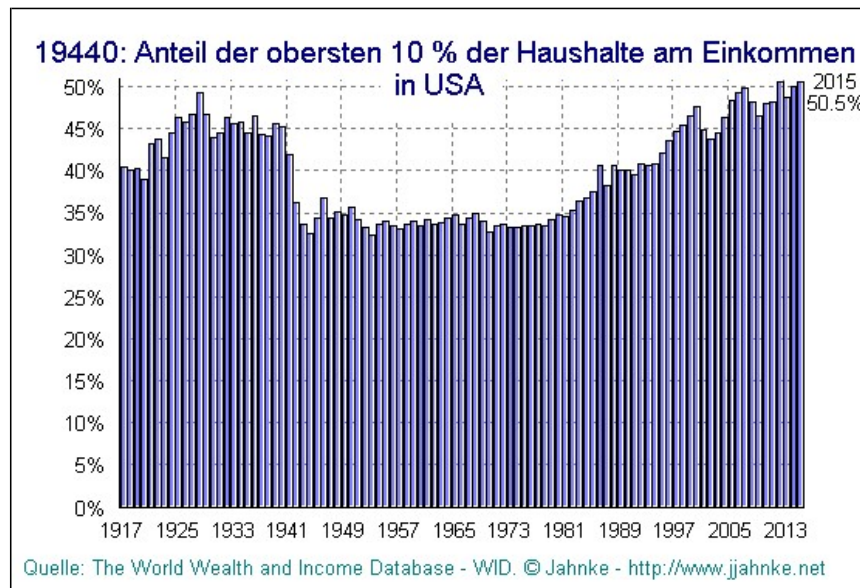
Papier steht und die sozialen Unterschiede immer stärker aufbrechen.

## 2. Trump

Trump hat mit billigen Argumenten und Versprechungen und vielen Lügen, wie schon die Brexit-Kampagne in Großbritannien, vor allem eine in US besonders breite und wenig gebildete Unterklasse angesprochen. Hinzu kommt hier, wie überall in den entwickelten Industriegesellschaften, ein Druck aus der Digitalisierung und dem globalen Niedriglohnwettbewerb, der auch die Mittelklasse, jedenfalls an ihrem unteren Ende, mit Abstiegsgefahren konfrontiert und an den demokratischen Strukturen zweifeln läßt. Die politische Klasse wird von vielen dieser Menschen zunehmend als einseitige Handlanger der Reichen und als Selbstbegünstiger wahrgenommen.

Ein ausreichendes und echtes Wirtschaftswachstum, das diesen Druck erträglich machen würde, gibt es in USA, wie auch sonst in den entwickelten Industrieländern schon seit vielen Jahren nicht mehr, denn ab anfangs der 90er Jahre ist die Zuwachsrates deutlich zurückgefallen (Abb. 19439) und das meiste davon hat sich die wirtschaftliche Oberschicht angeeignet angeeignet (in USA z.B. die obersten 10 % der Einkommen einen Anteil von mehr als 50 %, der höchste seit dem Ersten Weltkrieg, Abb. 19440).





So nahmen die Oberschichten in USA und sonst in der westlichen Welt, nur noch Rücksicht auf ihre eigenen Interessen. Das machte Hillary Clinton so verhaßt für viele nicht so glücklichen Amerikaner. Thomas Frank führte genau diese Situation im britischen Guardian anhand der von WikiLeaks veröffentlichten emails an Hillary Clintons Wahlkampfmanager unter dem Titel "Forget the FBI cache; the Podesta emails show how America is run" vor:

"Then there is the apparent nepotism, the dozens if not hundreds of mundane emails in which petitioners for this or that plum Washington job or high-profile academic appointment politely appeal to Podesta - the ward-heeler of the meritocratic elite - for a solicitous word whispered in the ear of a powerful crony.

This genre of Podesta email, in which people try to arrange jobs for themselves or their kids, points us toward the most fundamental thing we know about the people at the top of this class: their loyalty to one another and the way it overrides everything else. Of course Hillary Clinton staffed her state department with investment bankers and then did speaking engagements for investment banks as soon as she was done at the state department. Of

course she appears to think that any kind of bank reform should "come from the industry itself". And of course no elite bankers were ever prosecuted by the Obama administration. **Read these emails and you understand, with a start, that the people at the top tier of American life all know each other. They are all engaged in promoting one another's careers, constantly."**

### **3. Die globale Bedeutung**

Die Protestbewegungen in den kriselnden europäischen Ländern, von Italien, Spanien, Griechenland bis Frankreich haben über die letzte Jahre schon viel Zulauf gehabt. Vor diesem Hintergrund kann der Populist im westlichen Führungsland eine besondere globale Bedeutung gewinnen. Sein Sieg ist besonders für den französischen Front National ein enormer Anschlag, der durchaus Marine Le Pen ins Präsidentenamt bringen kann.

Nach Brexit kann Europa nicht mehr mit einer Stimme sprechen und die britische Regierung wird sich jetzt gerade von Trump, der zum Brexit aufgefordert hatte, Unterstützung versprechen und der EU umso mehr Probleme bereiten. Wenn der Trend zu immer mehr Globalisierung nun gestoppt sein wird, muß Deutschland aufpassen, nicht durch seine extreme Exportabhängigkeit auf dem falschen Fuß erwischt zu werden. Was von der "westlichen Welt" noch übrig ist, wird jedenfalls eine andere sein.

\* \* \* \* \*

P.S.: Bitte Rundbrief [hier](#) bewerten (eine für mich wichtige Orientierungshilfe).